



© Jörg Buschmann

---

**Ulrich Schäfer**

Ulrich Schäfer, geboren 1967, absolvierte nach dem Studium der Volkswirtschaft und des Journalismus in Münster und Washington D.C. eine Ausbildung an der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg. Anschließend arbeitete er zunächst als Wirtschaftsjournalist beim Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ und danach bei der „Süddeutschen Zeitung“. Seit Anfang 2007 ist er dort Ressortleiter der Wirtschaftsredaktion.

***Kontakt***

Ulrich Schäfer  
c/o Süddeutsche Zeitung  
Hultschiner Straße 8  
81677 München  
Deutschland  
E-mail: [ulrich.schaefer@sueddeutsche.de](mailto:ulrich.schaefer@sueddeutsche.de)

## Der Kapitalismus muss sich neu erfinden

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Wirtschaftsexperten  
Ulrich Schäfer

*Die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren erschüttert die Welt. Sie vernichtet Milliarden, macht Konzerne zahlungsunfähig, bedroht Arbeitsplätze und gefährdet unzählige Existenzen. Die Gesellschaft driftet auseinander, die Kluft zwischen Reich und Arm wächst und die Mittelschicht packt die Angst vor dem Abstieg. Mit seinem Buch „Der Crash des Kapitalismus“ (Campus Verlag, Frankfurt am Main – New York 2008) legt der Wirtschaftsexperte Ulrich Schäfer einen Beitrag zur Analyse des gegenwärtigen Krisengeschehens als auch zur Behebung der Krise vor. Er beschreibt die Geschichte einer Wirtschaftsordnung, die einst allen Menschen Wohlstand versprach, sich aber zu einem zerstörerischen System entwickelte, enthüllt die Fehler der Banker, Manager und Politiker und erläutert die Folgen der maßlosen Gier von Konzernen und Spekulanten. Der Kapitalismus müsse sich neu erfinden, fordert er und plädiert für eine Renaissance des Staates, der dem Markt engere Grenzen setzt und zu einem Garanten für fairen Wettbewerb und sozialen Ausgleich wird.*



**conturen:** Herr Schäfer, kein Tag vergeht, an dem nicht neue Hiobsbotschaften von einer weiteren Verschärfung der Krise künden. Wie ernst schätzen Sie die Lage ein?

**Schäfer:** Wir stehen am Beginn einer weltweiten tiefen Rezession und möglicherweise sogar einer Depression. Zwar ist die Situation noch nicht so dramatisch, dass man sie mit jener im berühmten Jahr 1929 vergleichen könnte, dennoch müssen wir mit Fug und Recht von einer zweiten Weltwirtschaftskrise sprechen. Diese Krise frisst sich durch alle Finanzinstitutionen und Industrien: Es begann mit dem Taumeln der Banken, dann gerieten die Autokonglomerate in Schwierigkeiten und längst ist auch der Maschinenbau, der gerade in Deutschland im Ruf einer Vorzeigebbranche steht, massiv eingebrochen, ebenso die Chemieindustrie. Insofern befinden wir uns erst am Anfang einer unerfreulichen Entwicklung und nicht etwa an einem Wendepunkt zum Positiven hin. Wir stehen vor vielen schweren Jahren und es könnte fünf, sechs oder sieben Jahre dauern, bis wir diese Krise dergestalt überwunden haben

*Die zweite Weltwirtschaftskrise*

*Wir stehen erst am Anfang der negativen Entwicklung*

*Es wird bis zu  
einem stabilen  
Aufschwung Jahre  
dauern*

werden, dass wir wieder von einem stabilen Aufschwung reden können.

**conturen:** Aber ist die gegenwärtige Krise nicht schon allein aufgrund der Globalisierung und der mit ihr verbundenen Strukturverflechtungen viel tiefgreifender als die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre?

*Die Krise tauchte  
plötzlich dort auf,  
wo sie nicht  
erwartet wurde*

**Schäfer:** Bereits in den 20er-Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Wirtschaft globalisiert, obgleich die große Zeit der Globalisierung bereits vor dem Ersten Weltkrieg ihr Ende gefunden hatte. Aber in der Tat haben wir gegenwärtig das Problem, dass insbesondere die Finanzmärkte wesentlich vernetzter und komplexer sind, als sie es in früheren Zeiten waren. Wir haben Derivate, die zu durchschauen eigentlich niemand mehr in der Lage ist. Deswegen stellen wir auch mit Verblüffung fest, dass die Krise plötzlich dort auftauchte, wo wir sie gar nicht erwartet haben. Am Anfang der Krise sahen wir, wie in den Vereinigten Staaten der Häusermarkt taumelte und in unmittelbarer Folge in Deutschland die Mittelstandsbank IKB oder die Sächsische Landesbank zusammenbrachen. Man fragte sich, was das eine mit dem anderen zu tun habe. Inzwischen wissen wir, dass durch die Derivate Kettenreaktionen ausgelöst wurden an einer Stelle, an der man von der Existenz einer Kette gar keine Ahnung hatte.

*Finanzmärkte  
reagieren in  
Sekundenschnelle*

Hinzu kommt, dass die Reaktionsgeschwindigkeiten viel schneller sind als in der Vergangenheit. In den 30er-Jahren kam es in den Vereinigten Staaten zum „Schwarzen Donnerstag“. Die Reaktion darauf an den deutschen Börsen erfolgte erst einen Tag später und ging als „Schwarzer Freitag“ in die Finanzgeschichte ein. Heute passiert so etwas zeitgleich in Sekundenschnelle. Insofern hat die Dynamik beträchtlich zugenommen. Und alles, was wir im Moment beobachten, ist, dass sich die Krise mit rasender Geschwindigkeit entwickelt.

**conturen:** Haben wir es vorrangig mit einer Finanz- oder mit einer Wirtschaftskrise zu tun oder gehen beide Hand in Hand?

*Von der  
Hypotheken-,  
über die Banken-,  
bis zur  
Wirtschaftskrise*

**Schäfer:** Sie gehen Hand in Hand, wobei interessant ist, wie sich die Begrifflichkeiten verändert haben. Ganz am Anfang hatten wir eine Hypothekenkrise, die sogar auf eine amerikanische Hypothekenkrise verengt wurde. Diese Bezeichnung war selbst dann noch in Gebrauch, als in Europa längst schon die Banken wankten, weil diese komplizierten Kreditpakete, in denen die Immobilienfinanzierungen verpackt waren, rund um den Globus geschoben wurden. Dann wurde aus der Hypothekenkrise eine Banken- oder Finanzkrise. Und jetzt haben wir eine veritable Wirtschaftskrise. Seit dem Herbst letzten Jahres ist auch die produzierende Wirtschaft davon betroffen: Die Wachstumsraten in allen Ländern brachen sehr schnell und massiv ein. Wer heute noch von einer Finanzkrise redet, der verniedlicht den Ernst der Lage.

**conturen:** Wo sehen Sie den Grund für das Scheitern dessen, was Sie in Ihrem Buch als „entfesselte Marktwirtschaft“ bezeichnen?

**Schäfer:** Es gibt nicht nur einen Grund oder einen Schuldigen, sondern es gibt sehr viele Gründe, sehr viele Schuldige. Die öffentliche Debatte verläuft im Allgemeinen sehr vereinfacht. Da gelten bei den einen die Investmentbanker, die mit ihren hochrisikanten Instrumenten handelten, als Hauptverursacher der Krise, andere wiederum beschuldigen den Staat, der seine Kontroll- oder Überwachungspflichten vernachlässigt habe. Tatsächlich zog sich der Staat, indem er sich in den 70er- und 80er-Jahren dem Rat neoliberaler oder extrem liberaler Ökonomen wie Milton Friedman, Friedrich August von Hayek und anderen folgte, mehr und mehr aus dem Wirtschaftsgeschehen zurück. Die Aufsicht an den Finanzmärkten erfolgte deshalb nicht mehr in dem Maße, wie das notwendig gewesen wäre, und die Manager der Geldindustrie nutzten dies massiv aus. So wurden in den Parlamenten Gesetze durchgewunken, die ganz im Interesse der Finanzkonzerne lagen. Dafür gibt es krasse Beispiele, sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten.

Das führte dazu, dass die Finanzmärkte innerhalb der Wirtschaft aus einer dienenden Rolle in eine beherrschende Rolle gerieten, dass die Banken nicht mehr allein dazu da waren, die produzierende Wirtschaft mit Geld zu versorgen, sondern eine sehr eigenständige Rolle übernahmen: Neue Finanzinstitute, neue Finanzkonzerne entstanden – Hedge-Fonds, Private-Equity-Gesellschaften, „Heuschrecken“ genannt, zähle ich dazu –, die eine ungeheure Macht entfalteten. Der „Geist der Wall Street“ mit seinem Druck auf die Aktiengesellschaften und die Finanzmärkte bestimmte in zunehmendem Maße die Regeln der Weltwirtschaft und kehrte die Verhältnisse der Wirtschaft um. Die Aufgabe der Finanzmärkte besteht darin, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Aber wenn das Eigenleben der Finanzmärkte überhand nimmt, wie wir es jetzt erlebt haben, dann gibt es ein sehr nachdrückliches Problem.

**conturen:** Inwieweit sind denn die viel beredeten Strukturen des modernen Managements – ob in der Industrie, im Finanzwesen oder der Wirtschaft allgemein – mit verantwortlich für die Krise, in der wir uns befinden?

**Schäfer:** Die Manager orientieren sich heute in hohem Maße an den Wünschen der Kapitalmärkte. Dabei spielt die Kultur des Shareholder Value eine große Rolle. Sie entstand in den 90er-Jahren in den Vereinigten Staaten und fasste dann auch in Europa Fuß. Plötzlich stellte der Aktionär, der Anteilseigner, die wichtigste Größe im Denken eines Managers dar. Fragen wie die nach den Produkten, den Beschäftigten oder der Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und der Gesellschaft traten in dieser Kultur für den Manager in den Hintergrund. Dadurch kam eine andere Art von Managern an die Spitze der Unternehmen. Es handelt sich dabei um Manager, die häufig nur wenig von den jeweiligen Produkten des Unternehmens verstehen, das sie „managen“, und die stattdessen ihre Aktivitäten auf den Kauf oder Verkauf von Unternehmensanteilen legen. Hier fand im Vergleich zu früher eine enorme Verschiebung statt. Von dem „neuen Typ“ der Manager wurde dieses Verhalten gerne als „alternativlos“ dargestellt: Wir

*Es gibt viele Gründe für die Krise und sehr viele Schuldige*

*Die Finanzmärkte übernahmen in der Wirtschaft eine herrschende Rolle...*

*...dort liegen die Wurzeln des Problems*

*Der Aktionär wurde zur wichtigsten Größe in der Denkwelt der Manager*

*Eine sanfte Form  
der Erpressung,  
auch gegenüber  
den Beschäftigten*

können nicht anders handeln, wir müssen den Analysten folgen, wir müssen uns den Kapitalmärkten beugen, wir haben keine andere Wahl, sonst bekommen wir kein Geld. Im Grunde war das eine sanfte Form von Erpressung. Und den Beschäftigten erklärte man ebenfalls: Wir müssen uns den Zwängen beugen. Doch gibt es durchaus auch Fälle, in denen Unternehmen sich diesen angeblichen Zwängen nicht beugten und trotzdem erfolgreich am Markt teilhaben.

**conturen:** Wie konnte es geschehen, dass die drohende Gefahr dieser Wirtschaftskrise von den weltweit agierenden so genannten „Wirtschaftsweisen“ und unabhängigen Wirtschaftswissenschaftlern nicht frühzeitig erkannt wurde?

*Warnungen der  
Ökonomen wurden  
überhört*

**Schäfer:** Gewisse Gefahren sahen die Ökonomen schon und sprachen Warnungen aus, indem sie beispielsweise auf die globalen Ungleichgewichte hinwiesen. Es war seit Jahren klar, dass die riesigen Defizite, die die Amerikaner in ihrer Leistungsbilanz und ihrem Haushalt haben, nicht ewig fortbestehen können. Umgekehrt hatten China, aber auch Deutschland zu hohe Exportüberschüsse. Irgendwann musste es da zu einem Anpassungsprozess kommen. Aber die Gefahren, die durch diese globale Unwucht drohten, schienen weit weg. Zudem waren Ökonomen und Banker lange davon überzeugt, dass die Finanzmärkte stabiler und die Risiken besser verteilt worden seien. Tatsächlich jedoch wurden die Finanzmärkte durch die neuen Finanzprodukte vor allem komplizierter und die Risiken an einigen Stellen konzentriert.

*In den guten Jahren  
hat man immer  
nur das Positive  
gesehen und die  
Risiken verdrängt*

Auch der beste „homo oeconomicus“ verfügt nicht über vollständige Informationen. Er handelt nicht rational, sondern neigt zu Emotionen, manchmal sogar zu Übertreibungen. Vor allem sah er in den Jahren, in denen es uns sehr gut ging, immer nur das Positive und verdrängte die Risiken und Gefahren, die spätestens seit Mitte der 90er-Jahre klar zu erkennen waren. Alle glaubten an den Aufschwung und tatsächlich trat der Aufschwung nach den verschiedenen Etappen der Krise relativ schnell wieder ein. Der erste Akt der Krise war das Wanken der so genannten Schwellenländer in den 90er-Jahren, darauf folgte als zweiter Akt das Ende der New Economy und als dritter Akt nun das Platzen der Blase des billigen Geldes. Doch der Mensch ist sehr vergesslich und verdrängt die Gefahren, die jede Krise in sich birgt. Er hofft, es werde schon wieder aufwärts gehen, und glaubt, im Prinzip brauche am System nichts geändert zu werden.

**conturen:** Haben in dieser Krise letztlich auch die Ökonomen versagt?

*Keine Chance gegen  
den neoliberalen  
Mainstream*

**Schäfer:** Es gab – in den Vereinigten Staaten sicher mehr als in Deutschland – durchaus mahnende Stimmen. Joseph Stiglitz oder Paul Krugman warnten schon seit Jahren davor, dass wir auf ein riesiges Problem zulaufen. Doch gegen den neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften kamen diese Stimmen nicht an. Die Neoliberalen vertraten die Auffassung, diese Warnungen seien nicht so ernst zu nehmen, und verwiesen auf Milton Friedman, der die Losung wie ein Mantra vor sich hertrug: Freie Märkte funktionieren immer. Inzwischen hat die Welt die

schmerzliche Erfahrung gemacht, dass freie Märkte nicht immer funktionieren.

**conturen:** Kann man aus den maßgeblichen Wirtschaftstheorien der Vergangenheit überhaupt noch Modelle oder „Rezepte“, wenn schon nicht zur Bewältigung, so doch zur Steuerung der gegenwärtigen Krise ableiten?

**Schäfer:** Das kann man schon. Man kann sie sogar aus dem Neoliberalismus ableiten, wenn man zurückverfolgt, worin die ursprüngliche neoliberale Idee bestand: Es ging nämlich darum, den Laisser-faire-Kapitalismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu überwinden und einen neuen Liberalismus zu schaffen, in dem der Staat eine stärkere Funktion übernimmt. Der Begriff des „Neoliberalismus“ wurde von dem deutschen Ökonomen Alexander Rüstow geprägt. Er definierte den Neoliberalismus im Sinne eines starken Staates, eines Staates oberhalb der Wirtschaft, eines Staat oberhalb der Interessen. In Deutschland wurde diese Idee von Ludwig Erhard umgesetzt, der ein Neoliberaler aus dem Kreis der Freiburger Schule der Ordo-Liberalen war.

Man kann aber auch aus den Lehren von John Maynard Keynes Nutzen ziehen, die in der jüngeren Vergangenheit weitgehend verdrängt wurden, insbesondere in Deutschland. Drei Jahrzehnte lang wagte es hierzulande kaum ein Politiker, den Namen Keynes in den Mund zu nehmen. Keynes' Konjunkturprogramme galten als Unfug, als sinn- und nutzlos. Jetzt erlebt Keynes zurecht eine Renaissance. Er erkannte genau, was in den 30er-Jahren zur Weltwirtschaftskrise führte und dass der Staat in einer solchen eingreifen muss, dass er die Wirtschaft ankurbeln muss. Keynes sah aber auch, welchen Schaden Spekulanten anrichten können. Die Wirtschaftswissenschaften müssen also nicht neu erfunden werden, sondern man braucht sich nur auf manche Ideen zurückzubekommen und sie zur Lösung der heutigen Probleme anzuwenden.

**conturen:** Inwieweit aber ist die moderne globalisierte Wirtschaft steuerbar?

**Schäfer:** Ich bin fest davon überzeugt, dass die Wirtschaft steuerbar ist. Wir erleben ja gerade, wie die Politik in Deutschland dabei ist, Banken und das Finanzsystem zu stützen, was ihr, jedenfalls bis dato, auch gelingt, und wie sie bestrebt ist, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, was ihr ebenfalls, zumindest zum Teil, gelingt. Das zeigt, dass die Politik durchaus handeln kann. Und die Politik ist auch in der Lage, jenseits des Krisenmanagements Regeln zu setzen. Der Staat hat ja auch in den vergangenen Jahrzehnten Regeln gesetzt, indem er sich zum Beispiel in vielen Bereichen zurückgezogen hat. Genauso ist es der Politik möglich, jetzt strengere Regeln zu setzen und insbesondere die Finanzmärkte stärker zu regulieren. Erforderlich ist – und darin liegt das Schwierige – das Zusammenwirken aller Staaten. Da unterscheidet sich die Regulierung der Finanzmärkte nicht vom Klimaschutz. Möglicherweise kann es aber gelingen, mit der neuen amerikanischen Regierung unter Barack Obama Veränderungen im globalen Kapitalismus voranzubringen.

*Freie Märkte funktionieren nicht immer*

*Rückgriff auf die ursprüngliche neoliberale Idee*

*Eine Renaissance der Ideen von Keynes*

*Die Politik ist durchaus in der Lage, zu handeln und jenseits des Krisenmanagements Regeln zu setzen*

**conturen:** Sie schreiben in Ihrem Buch: „Die Lehre aus den Fehlern von 1929 lautet: Der Staat muss wieder mehr Einfluss erlangen, aber er darf die Wirtschaft nicht erdrosseln. Erforderlich ist ein Mittelweg...“ Seit langem verhält es sich jedoch so, dass die Wirtschaft das Primat über die Politik hat. Wie schätzen Sie denn die Chancen ein, dass es der Politik gelingt, wieder das Primat über die Wirtschaft zu gewinnen?

*Eine wohlverstandene Renaissance des Staates*

**Schäfer:** Es geht nicht um das Primat der Politik, aber um mehr Einfluss der Politik: Wir brauchen eine wohlverstandene Renaissance des Staats. Die Chancen dafür stehen nicht einmal so schlecht. Denn letztlich haben alle politisch Verantwortlichen aus dem Schockerlebnis gelernt, das sie gerade erlitten haben. Häufig erweisen sich Schockerlebnisse als das beste Mittel, um eine Veränderung herbeizuführen. Zu beobachten ist – in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern – quer durch alle Parteien ein großer und ernster Wille, wieder andere Regeln zu schaffen und von einer entfesselten zu einer sozialen Marktwirtschaft zu kommen. Mit „sozial“ meine ich nicht, dass wir einen umfassenden Umverteilungsstaat brauchen. Vielmehr brauchen wir eine Marktwirtschaft, in der es für alle Teilnehmer klare Regeln gibt. Innerhalb dieser Regeln ist dann auch ein freier Wettbewerb möglich. Wenn man diese Veränderung will, und daran kann angesichts einer Mehrheit in der Bevölkerung kein Zweifel bestehen, kann man diese auch herbeiführen. Die größte Gefahr für solch einen Veränderungsprozess wäre, wenn es mit der Wirtschaft wider aller Erwartungen relativ schnell wieder aufwärts ginge. Dann würde sich die Bereitschaft, die Spielregeln für den Kapitalismus neu zu gestalten, ziemlich schnell verflüchtigen, so wie es schon nach der Krise der Schwelmländer und dem Zusammenbruch der New Economy der Fall gewesen ist.

*Eine Marktwirtschaft mit klaren Regeln für alle Teilnehmer*

**conturen:** Wird es, Ihrer Ansicht nach, in der nächsten Zukunft auch zu mehr staatlicher Planung in der Wirtschaft kommen?

*Der Staat darf nicht über das Schicksal einzelner produzierender Unternehmen entscheiden*

**Schäfer:** Ich hoffe nicht. Staatliche Planung – das haben wir am Beispiel des Sozialismus in der DDR und anderswo erlebt – funktioniert nicht. Deshalb halte ich es auch für höchst bedenklich, wenn der Staat in der Krise nun über das Schicksal von einzelnen produzierenden Unternehmen entscheidet. Da begibt die Politik sich auf dünnes Eis. Was ich mir wünsche, ist ein Staat, der, wenn es abwärts geht, beherrscht mit Konjunkturmaßnahmen gegensteuert, der klare Regeln für den Wettbewerb definiert und das Problem der wachsenden Ungleichheit erkennt und entsprechende Antworten darauf findet. Darüber hinaus wünsche ich mir einen Staat, der allen Menschen gleiche Chancen einräumt, das heißt, noch stärker als bisher in Bildung investiert, und zwar nicht nur in Bildung für die Eliten, sondern vor allem in Bildung für breitere Bevölkerungsschichten und gerade auch für die sozial Schwachen. Denn nur über Bildung haben diejenigen, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen, eine Chance, nach oben zu kommen.

*Mehr Investitionen in Bildung*

**conturen:** Wird mit der staatlichen Geldausschüttung in Millionen- und Milliardenhöhe zugunsten heruntergewirtschafteter,

maroder Unternehmen, Banken, Versicherungen etc. die Krise nicht noch verschärft?

**Schäfer:** In der letzten Konsequenz ja. Denn wenn der Staat nicht nur Banken mit Hunderten von Milliarden rettet, sondern auch die Konjunktur mit Hunderten von Milliarden ankurbelt und weitere Hunderte von Milliarden aufwendet, um Unternehmen zu retten, dann geschieht zweierlei: Zum einen werden häufig Unternehmen am Leben erhalten, die – unabhängig von der Krise – möglicherweise zugrunde gegangen wären. Wir konservieren gewissermaßen eine Wirtschaftsstruktur, die in der Form nicht lebensfähig ist. Die Wirtschaft aber befindet sich in fortwährender Veränderung. Joseph Schumpeter sprach von „schöpferischer Zerstörung“. Nur aus dieser Schöpfung entsteht neues Leben innerhalb der Wirtschaft. Wenn der Staat nun versucht, den Veränderungsprozess anzuhalten, dann wird auch die Krise verlängert. Denn so banal es klingen mag: In jeder Krise steckt auch eine Chance, dass wieder etwas Positives entsteht.

Zum anderen wird die Anhäufung von Schulden durch den Staat irgendwann selbst zu einem Problem. In einigen Ländern wird das ziemlich schnell gehen: In Osteuropa können wir das bereits beobachten, aber auch Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion wie Irland, Portugal oder Griechenland stoßen an ihre Grenzen. Sollten aber ganze Staaten kollabieren, dann wird das die Weltwirtschaftskrise noch einmal wesentlich verschärfen.

**conturen:** Auch Österreich wurde von Paul Krugman der Zusammenbruch vorausgesagt...

**Schäfer:** Das ist eine ziemlich kühne Prophezeiung, auch wenn man in dieser Krise niemals nie sagen sollte. Denn ständig geschehen Dinge, die nahezu alle Experten noch ein paar Monate zuvor ausgeschlossen haben. Deshalb will ich nicht völlig ausschließen, dass auch Österreich irgendwann ins Taumeln gerät. Die Banken des Landes sind extrem stark in Osteuropa engagiert, sie leiden unmittelbar unter dem Zusammenbruch der osteuropäischen Wirtschaft. Wenn die Unternehmen in Polen, Tschechien, Ungarn oder dem Baltikum ihre Kredite nicht mehr bedienen können, dann wird das irgendwann sehr teuer – zunächst für die Banken, die diese Kredite ausgereicht haben, und dann auch für den österreichischen Staat, der seine Banken retten muss. Die Risikoprämien, die derzeit für Österreich an den Finanzmärkten verlangt werden, sind deshalb beträchtlich. Aber wenn Krugman das Schicksal des Landes mit dem von Island vergleicht, unterschlägt er eines: Österreich hat eine Risikoversicherung abgeschlossen – es ist Mitglied der Europäischen Währungsunion und kann deshalb auf Beistand der anderen Staaten hoffen.

**conturen:** Was müsste denn geschehen, um die Krise nachhaltig zu überwinden?

**Schäfer:** Die Lösung der gegenwärtigen Krise liegt nicht darin, nur die Regeln der Finanzmärkte zu ändern. Was auf den diversen Weltwirtschaftsgipfeln in Washington oder London diskutiert wird, ist ein zu verengtes Programm. Da gibt es zwar viele gute

*Der Geldregen des Staates ist die Quelle einer neuen Krise*

*Staatsschulden können zum Kollaps führen, das würde die Weltwirtschaftskrise verschärfen*

*Von Österreich werden auf den Finanzmärkten beträchtliche Risikoprämien verlangt*

*Es genügt nicht, die Regeln der Finanzmärkte zu ändern*

*Die dreifache Krise ist nicht mit einfachen Maßnahmen zu bekämpfen*

Ansätze, aber sie reichen nicht aus, weil wir ja eine dreifache Krise erleben: Zum einen haben wir die Krise der Finanzmärkte, zum zweiten eine Vertrauenskrise. Die Menschen, hatten schon vor Beginn der Krise Zweifel an der entfesselten Marktwirtschaft, am globalen Kapitalismus. Das zeichnete sich in allen Umfragen in den Industrieländern ab.

*Extreme Einkommensunterschiede verschärfen die Situation*

Und als dritte Krise haben wir die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Eine solche Spaltung kann eine Gesellschaft zerreißen und zu einem grundlegenden Konflikt führen. Letztlich ist sie auch ein ökonomisches Problem. John Kenneth Galbraith wies in seinem Buch über den großen Crash von 1929 darauf hin, dass eines der damaligen Probleme neben dem labilen Bankensystem und den Ungleichgewichten im Welthandel, die wir heute auch haben, die extremen Einkommensunterschiede waren. Nach dem Crash von 1929 hätten insbesondere diejenigen Menschen mit hohen Einkommen massiv den Konsum eingeschränkt und dadurch den Absturz der Wirtschaft beschleunigt. Folglich liegt es im Interesse aller, dass solch eine extreme Ungleichheit vermieden wird. Denn derjenige, der über nur wenige Mittel verfügt, muss sein Geld immer für Miete und Ernährung ausgeben, während derjenige, der über reichliche Mittel verfügt, im Boom zwar besonders viel Geld ausgeben kann, sich aber im Abschwung stark einschränkt. Die Einkommensunterschiede heute sind ähnlich groß wie 1929.

**conturen:** In Ihrem Buch haben Sie ein „Programm gegen den Absturz“, bestehend aus 22 Regeln, formuliert. Welche Chancen sehen Sie, dass diese Regeln von Politik und Wirtschaft – und nicht zuletzt auch von der Öffentlichkeit – angenommen und realisiert werden?

*Gesamtlösung der Krise stößt auf Widerstände mächtiger Lobbys*

**Schäfer:** Im Augenblick scheinen mir die Chancen noch gering. Man experimentiert nur an einzelnen Punkten herum, während es darauf ankäme, die Lösung der Krise als eine Gesamtaufgabe zu betrachten. Was wir brauchen, ist ein umfassender, großer Entwurf. Doch ist es sehr schwierig, einen solchen Entwurf zu schaffen. Im Bereich der Finanzmarktregulierung etwa wirken viele gegenläufige, beherrschende Kräfte. Länder mit starken Finanzplätzen, vor allem die Vereinigten Staaten und Großbritannien, zeigen sich zögerlich, besonders strenge Regeln zu erlassen. Die Lobbyverbände der Finanzdienstleister sind bereits jetzt in den Finanzministerien tätig, um sicher zu stellen, dass es weiterhin Schlupflöcher und Möglichkeiten gibt, damit die Geldindustrie außerhalb der Aufsichtsbehörden Geschäfte machen kann. Natürlich wird am Ende ein Kompromiss stehen, aber es sollte ein Kompromiss auf globaler Ebene sein. Die Regierungen dürfen nicht schon vorher einknicken. Bei der deutschen Bundesregierung kann man das ganz deutlich beobachten. Sie hat viele gute Ansätze, sie drängt darauf, jedes Finanzprodukt, jeden Finanzplatz und jedes Finanzunternehmen einer staatlichen Kontrolle zu unterstellen. Aber zugleich nimmt die Bundesregierung sich – im Wissen um den Widerstand anderer Länder – zu stark zurück, so dass am Ende der Kompromiss schlecht ausfällt.

*Am Ende steht ein schlecher Kompromiss*

Hierzu gehört auch die Kontroverse um die so genannten Steuer-oasen in aller Welt. Eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte kann nur funktionieren, wenn es wirklich keine Schlupflöcher mehr gibt, keine Inseln in der Karibik, im Ärmelkanal oder anderswo, auf denen Finanzunternehmen ohne Aufsicht und ohne Steuer ihren Geschäften nachgehen. Andernfalls werden, wenn in Frankfurt, London, New York oder Tokio künftig die Aufsicht schärfer ist, gewisse Finanzunternehmen ihre Tätigkeit in Regionen auszuweiten suchen, in denen es keine Finanzaufsicht gibt. Aber ich bin skeptisch, ob es wirklich gelingt, alle Steueroasen auszutrocknen – und dass wirklich alle dazu notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Was zu tun wäre, steht in einem Gesetz, dem Stop Tax Haven Abuse Act, den Anfang 2007 drei amerikanische Senatoren in den Kongress eingebracht haben. Das Gesetz listet 34 Staaten auf, die als Steueroasen gelten und die man mit Sanktionen bekämpfen will. Jedem amerikanischen Bürger, der ein Konto dort unterhält, unterstellt man, dass er Steuerflucht betreibt. Nicht mehr die Steuerbehörden müssen nachweisen, dass sein Tun illegal ist, sondern der jeweilige Bürger muss nachweisen, dass sein Geschäft legal ist. Das Gesetz sieht Sanktionen vor für Banker und Berater, die Kunden helfen, die in diesen Regionen tätig sind, bis hin zum Entzug der Lizenzen. Das wurde von Barack Obama eingebracht, als er noch Senator in Illinois war, es war Teil seines Wahlprogramms. Jetzt ist zu hoffen, dass er es auch als Präsident umsetzt.

**conturen:** Vor mehreren Jahrzehnten erschien in den Vereinigten Staaten ein Buch mit dem Titel „Der demokratische Kapitalismus“. Kürzlich hat nun Lord Dahrendorf für einen „Kapitalismus der Verantwortung“ plädiert. Ist das nicht eine neue Illusion? Wird dabei nicht die psychische Dimension des Menschen unterschätzt, sein geradezu zwanghaftes Streben, seine Gier nach immer mehr Besitz, nach immer mehr Ausweitung seines Einflusses?

**Schäfer:** Wir werden zu einem Kapitalismus mit mehr Verantwortung kommen. Aber es wird nach wie vor verantwortungslose Manager, und Banker geben. Und es wird auch verantwortungslose Kleinanleger geben, die ebenso Teil des bisherigen Systems waren. Die Gier im Menschen wird nie verschwinden. In den letzten 15 oder 20 Jahren war sie besonders stark, weil die Möglichkeiten, schnell sehr viel Geld zu verdienen, gewachsen sind. Und die Gier wird auch immer durch das befördert, was um einen herum geschieht. Das lässt auch hoffen. Denn wenn sich das Verhalten des Menschen durch das, was um ihn herum geschieht, ändert, dann werden wir wieder zu einem stärkeren Verantwortungsbewusstsein zurückkommen. Diese Krise verändert nicht nur ökonomisch unser Leben, sondern sie wird auch unser Denken verändern. Und dieser Prozess hat eigentlich gerade erst angefangen. Wir haben gesehen, wie in den letzten Monaten Ökonomen, Politiker, auch Wirtschaftsjournalisten ihre jahrelangen Überzeugungen über Bord geworfen haben und plötzlich anderen Vorstellungen gefolgt sind. Auch die Ansprüche der Gesellschaft an Wirtschaftsführer werden sich verändern. Was eine Gesellschaft zulässt, was sie toleriert und was nicht, all dies wird sich wandeln.

*Keine Schlupflöcher  
für Steuersünder  
und -flüchtlinge*

*Sanktionen gegen  
Steueroasen*

*Beweislast liegt  
beim Bürger*

*Ein Kapitalismus  
mit mehr  
Verantwortung*

*Die Haltung der  
Gesellschaft gegen-  
über Wirtschafts-  
führern wird sich  
verändern*

*Neues Verhältnis  
von Markt und  
starkem Staat*

**conturen:** Wenn die Welt zukünftig eine andere sein wird: Wie anders wird sie sein?

**Schäfer:** Das Verhältnis von Markt und Staat wird neu definiert werden. Wir brauchen ein starken Staat, aber keinen Über-Staat. Auch der gesellschaftliche Diskurs wird sich verändern, ebenso das Verhältnis von Staat und Bürger, von Politik und Volk. Und möglicherweise wird der Egoismus der letzten Jahre, das Denken „Es geht nur um mich, um mein Geld, um meinen Job, um meine Zukunft“ zurücktreten zugunsten einer stärkeren sozialen Verantwortung. Den Menschen könnte stärker bewusst werden, dass sie sich nicht nur in einem Markt bewegen, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft. So könnte letztlich aus dem Anleger/Konsumenten/Verbraucher wieder stärker ein Bürger werden.

**conturen:** Aber eine Voraussetzung wäre doch, dass die Kluft zwischen Regierenden und Regierten sich verringert...

*Auf den wirtschaftlichen  
Umbruch  
könnte ein  
politischer Umbruch  
folgen*

**Schäfer:** Das ist richtig, und diese Kluft wächst durch die Krise noch einmal. Denn die Menschen werfen der Politik vor, diese Krise mitverursacht zu haben. Die Gefahr besteht, dass die Bürger sich nicht nur von der Marktwirtschaft abwenden, sondern auch von ihrem Pendant, der Demokratie. Insofern könnte nach dem wirtschaftlichen Umbruch ein politischer Umbruch kommen, populistische Parteien könnten einen Aufstieg erleben und die Volksparteien an Macht verlieren. Die Politik muss deshalb wieder auf das Volk zugehen, das sie regiert. Das kann sie auch, indem sie wieder Stärke zeigt. Der Staat muss einen Teil des Terrains zurückerobern, das er in den letzten Jahrzehnten dem Markt überlassen hat.

**conturen:** Wäre nicht eine Umsteuerung der Wirtschaftsziele durch die Abwendung von der Milliardenbeträge verschlingenden Rüstungsproduktion und Hinwendung zu ökologischen, sozialen und kulturellen Zielen notwendig?

*Nachhaltige  
Geldwirtschaft  
muss vom Staat  
eingeleitet werden*

**Schäfer:** In der Tat stecken wir unser Geld nach wie vor zu sehr in Bereiche, in die wir schon immer unser Geld gesteckt haben, und machen uns zu wenig Gedanken darüber, wie wir auf dem Planeten noch in 50, 100 oder 200 Jahren leben können. Der Staat muss deshalb bei seinen Investitionen stärker umsteuern. Umweltschutz und Klimaschutz sind wichtige Bereiche. Ein anderer Bereich, in dem der Staat sehr viel vernachlässigt, ist die Bildung. Das war auch ein Punkt, der mich zum Schreiben dieses Buchs veranlasste, gerade auch als Vater von drei Kindern. Denn der globale Kapitalismus dringt mit ungeheurer Wucht in alle Bereiche unseres Lebens ein. Das ganze Bildungswesen wird darauf getrimmt, dass unsere Schulen möglichst schnell die Kinder auswerfen, damit diese als globalisierungstaugliche Mitarbeiter von multinationalen Konzernen unseren Wohlstand mehren können. Doch es kann in unserem Leben nicht bloß um die kurzfristige Rendite gehen. Das Glück einer Gesellschaft, und damit das Glück der Menschen, misst sich nicht nur daran, wie hoch das Bruttoinlandsprodukt ist. Insofern kann die Krise auch etwas Bereinigendes haben, weil uns klar geworden ist, dass der kurzfristige Gewinn nicht unser Leben ausmacht.

*Es darf im Leben  
nicht bloß um die  
kurzfristige Rendite  
gehen*

**conturen:** Unmittelbar nach Ihren 22 Regeln folgt als 12. und letztes Kapitel Ihres Buches eines mit der Überschrift „Die nächste Krise wird kommen“. Das erweckt den Eindruck, als stünden Sie der tatsächlichen Kehrtwende einigermaßen skeptisch gegenüber...

**Schäfer:** In der Tat habe ich die Sorge, dass die Verantwortlichen in der Politik und der Wirtschaft jetzt entweder auf Zeit spielen oder zu schnell wieder zur Tagesordnung übergehen, sobald es nur ein kleines bisschen aufwärts geht. Wenn die Rezession überwunden ist und der Druck nachlässt, wird auch die Bereitschaft nachlassen, die notwendigen Veränderungen anzutreiben. Die Politik ist leider ein sehr kurzatmiges Geschäft. Der Entscheidungs- oder Erinnerungshorizont von Politikern ist nicht sehr viel anders als der von Börsenhändlern. Diese orientieren sich an den Zuckungen der Börse. Politiker orientieren sich an den Umfragen, die auch rauf und runter gehen. Um den Kapitalismus anders zu gestalten, ist jedoch ein sehr langer Atem notwendig. Die Chance ist da, Veränderungen voranzubringen. Sie war nie so groß wie heute. Aber eine große Skepsis bleibt.

*Skepsis gegenüber  
der Kehrtwende*

*Am Ende der  
Rezession wird die  
Bereitschaft zu  
Veränderungen  
nachlassen*